

den demokratischen Willensbildungsprozess kompensieren können. Allerdings wäre dabei die Frage genauer zu klären, ob und unter welchen Bedingungen die demokratische Partizipation einer im Vergleich zur Gesamtbürgerschaft kleinen Zahl von Parteimitgliedern die legitimatorische Einbuße ausgleichen kann, die durch die Bedeutungsminde- rung der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlamente entstanden ist.

Auch leidet die Untersuchung daran, allzu sehr in die Breite zu gehen: Anstatt die Parteiensysteme aller Mitgliedstaaten notgedrungen nur an der Oberfläche abzutasten, wäre es für die Frage nach der Legitimation durch Parteien gewinnbringender gewesen, tiefer zu schürfen und sich exemplarisch auf einen oder zwei Staaten zu konzentrieren, vor allem angesichts von lediglich 93 Seiten Text, auf denen die gesamte Untersuchung ausgebreitet wird. Das, was geboten wird, ist dabei beileibe nicht uninteressant, man erhält vielmehr einen Überblick über normative Rahmenbedingungen von Parteitätigkeit und über Basisdaten der inneren Strukturen politischer Parteien in den 28 Mitgliedstaaten,² der für sich genommen oder als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen seinen Wert hat. Ob aber die in ihren Grundrissen dargestellten normativen Strukturen mit demokratischem Leben gefüllt werden und so auch legitimierend wirken können, bleibt weitgehend im Dunkel.

Auch wenn sich der schmale Band an der gewählten Frage ein wenig verhebt, bleibt es das Verdienst der Arbeit, mit der Kombination von Legitimation und politischen Parteien eine moderne Antwort auf die „ewige Frage“ nach der Rechtmäßigkeit staatlicher Herrschaft zu skizzieren.

Dr. Sebastian Roßner, M.A.

Kolleck, Alma: Politische Diskurse online. Einflussfaktoren auf die Qualität der kollektiven Meinungsbildung in internetgestützten Beteiligungsverfahren, Nomos, Baden-Baden 2017, 312 S., ISBN 978-3-8487-3734-5, € 64.

Alma Kolleck entwickelt in ihrer politikwissenschaftlichen Dissertationsschrift ein schlankes Modell zur empirischen Datenerfassung, mit dem sie anhand dreier ausgewählter Fallbeispiele die inhaltliche und formale Qualität der jeweiligen Online-Diskussion er-

forscht. Als übergeordnetes Ziel der Arbeit benennt sie die Entwicklung einer „normativ begründete[n] Heuristik zur Untersuchung von politischer Onlinekommunikation“ (S. 34).

Die empirische Analyse bezieht sich auf „top-down-initiierte, deutsche, konsultative Partizipationsinstrumente, die komplett oder mehrheitlich online stattfinden und die sehr ähnliche Beteiligungsmodi vorsehen“ (S. 18). Konkret als Fallbeispiele gewählt werden (1) die öffentlichen E-Petitionen am Deutschen Bundestag, (2) der Bürgerhaushalt Frankfurt am Main 2014 und (3) der Bürgerhaushalt Köln 2013/2014. Begrüßenswert ist, dass die Stichprobe mit den beiden Bürgerhaushalten zwei Verfahren in den Blick nimmt, die sich im Aufbau sowie thematisch sehr ähnlich und jeweils wenig institutionalisiert sind und diesen mit den E-Petitionen ein Verfahren gegenüberstellt, das sich in wesentlichen Merkmalen unterscheidet. Somit werden an einigen Stellen Unterschiede sichtbar, die mit der Art des Verfahrens in Zusammenhang stehen könnten, wie im vierten Kapitel zu den Ergebnissen näher beschrieben wird.

Zu Beginn stellt die Autorin fest, die Vielfalt deliberativer Demokratietheorien erschwere ihre empirische Überprüfung. In der Folge werde bei empirischen Untersuchungen häufig nicht ausreichend klar zwischen Ursachen und Wirkungen unterschieden und die bislang vorliegenden empirischen Forschungsergebnisse seien oft zirkulär. Dieser Kritik abhelfen soll das von ihr entwickelte, schlanke Modell, mit dem die Qualität des jeweils betrachteten, deliberativen Online-Prozesses in formaler und materieller Hinsicht untersucht werden soll. Als Bewertungsmaßstab in materieller Hinsicht, also zur Bewertung der inhaltlichen Qualität, dienen die Dichte und Güte von Information und Argumentation. Die formale Qualität wird anhand des Umgangs der Teilnehmenden miteinander (in respektvoller, neutraler bzw. ablehnender/missachtender Weise) beurteilt.

Um die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Verfahren zu erleichtern, lassen sich mit *Kollecks* Modell ein formaler wie inhaltlicher Qualitätsindex berechnen (näher dazu S. 88 f.). Begründet grenzt die Autorin diese Indizes im zweiten Kapitel von dem *Discourse Quality Index (DQI)* von *Steenberg u.a.* ab, dem wohl bekanntesten Instrument solcher Art in der empirischen Deliberationsforschung. Anders als der DQI stützen sich *Kollecks* Indizes nicht auf die deliberative Theorie *Habermas'*, sondern auf die Definition deliberativer Qualität von *Peters*. Dieser unterteilt – ebenso wie *Habermas* – Politikerherstellung in zwei Sphären: die „Peripherie“ und das „Zentrum“

² Wobei auch hier die Informationen mit Vorsicht zu genießen sind: So ergibt sich die für die Niederlande in Tabelle 2 auf Seite 41 angegebene wahlrechtliche Sperrklausel von 0,67 % einfach rechnerisch aus dem Umstand, dass 150 Parlamentsitze im Wege der reinen Verhältniswahl zu vergeben sind.

(Peters, Die Integration moderner Gesellschaften, 1993; Habermas, Faktizität und Geltung, 1992). Der in Teilöffentlichkeiten stattfindende deliberative Austausch kann danach die staatliche Entscheidung nur dann beeinflussen, wenn er aus der Peripherie ins Zentrum transportiert wird. Der wesentliche Unterschied beider Theorien besteht aber darin, dass nach Peters' Auffassung öffentliche Diskurse nicht typischer oder gar notwendiger Weise zu Konsens führen, sondern vielmehr verschiedene Standpunkte problematisieren und häufig einen Dissens sichtbar machen (Peters, Der Sinn von Öffentlichkeit, 1994). Die Anforderungen, die Peters an eine Diskussion stellt, um als Deliberation betrachtet werden zu können, sind damit wesentlich geringer als bei Habermas. Somit ergibt sich ein weiterer Definitionsrahmen, in dem Deliberation als Kontinuum verstanden wird, in welchem einzelne Diskussionen von höherer oder niedrigerer diskursiver Qualität sein können.

Nach der theoretischen Anknüpfung ihres Modells diskutiert die Autorin unterschiedliche, den aktuellen Forschungsstand aufgreifende, Hypothesen zu den Bedingungsfaktoren von kollektiver Meinungsbildung. Aus diesen leitet sie diverse Einflussfaktoren ab, die für die im dritten Kapitel näher beschriebenen Analyseebenen als unabhängige Variablen angenommen werden (Überblick S. 74). Schließlich beschäftigt sie sich kurz mit den besonderen deliberativen Potentialen und Risiken des Internets, wie dem so genannten „digital divide“. Ihre Einschätzungen bringen hier jedoch keine neuen Erkenntnisse, sondern wiederholen Altbekanntes. Inwiefern das Medium Internet einen deliberativen Austausch ermöglichen könne, hänge maßgeblich von den jeweiligen Kontextfaktoren ab (vgl. S. 65).

Aufwendig und vergleichsweise selten in der empirischen Politikwissenschaft ist aber der triangulatorische Ansatz des Modells, auf den Kolleck im dritten Kapitel näher eingeht. Unter Anwendung verschiedener Methoden werden drei Analyseebenen in den Blick genommen und miteinander vernetzt: (1) die Ebene der (1a) Diskussion und (1b) ihrer Vorlagen durch eine quantitative Inhaltsanalyse, (2) die Ebene der Teilnehmer durch eine quantitative geschlossene Befragung der jeweiligen Teilnehmenden und (3) die Ebene der Verfahren und ihrer Betreuenden (die hauptsächlich Teil der Verwaltung und teilweise Angehörige externer Dienstleistungsunternehmen sind) durch leitfadengestützte, qualitative Interviews mit den Betreuenden und Initiierenden. Nicht Teil der Betrachtung sind die politischen Entscheidungsträger, die zwar die letztendliche Entscheidung zu tref-

fen hätten, aber regelmäßig weder über die konkrete Gestaltung des Beteiligungsverfahrens informiert seien, noch die online geführten Debatten selbst mitlesen und auch den Großteil der Inhalte der zur Diskussion gestellten Vorlagen nicht kennen würden.

Relativ zu dieser großen methodischen Bandbreite erscheint der Umfang des Werks moderat, um das Versprechen der Kombination aus quantitativen und qualitativen Zugängen einzulösen: dem Leser einen besonders umfassenden und vielschichtigen Blick auf den Untersuchungsgegenstand zu geben.

Am Ende des dritten (Methoden-)Kapitels stellt Kolleck ihr Vorgehen noch einmal plausibel dar und spart auch die sich auf der jeweiligen Analyseebene ergebenden Schwierigkeiten und Grenzen des gewählten Vorgehens nicht aus. Insbesondere im Rahmen der Befragung der Teilnehmenden stellen geringe Abschöpfungsquoten und Repräsentativitätseinbußen eine – für Online-Befragungen typische – Restriktion dar. Die konkrete Ausgestaltung der Analysekriterien wird durch die methodische Beschreibung und das ausführliche vierte Kapitel zu den Ergebnissen ausreichend klar und nachvollziehbar, sodass unerschädlich ist, dass die Arbeit keinen Anhang mit den eingesetzten Erhebungsinstrumenten vorweist.

Zu den Ergebnissen: Auf Ebene der Diskussionen und ihrer Vorlagen stellt Kolleck einen negativen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Teilnehmer und der inhaltlichen Qualität der Diskussion fest. Zuträglich für inhaltlich qualitätsvolle Diskussionen sei die beständige Teilnahme der Diskutierenden. Wünschenswert sei daher, dass der einzelne nicht nur einen, sondern mehrere Kommentare verfasse und dabei auf die Kommentare anderer Bezug nehme und auf deren Inhalte eingehe. Interessant ist, dass nach den Ergebnissen dieser Untersuchung der Grad der Anonymität (Klarnamen oder Pseudonym, also Verwendung eines frei gewählten personalen oder anonymen Nutzernamens) keinerlei Einfluss auf die Diskussionsqualität hat, weder in formaler, noch inhaltlicher Hinsicht. In Bezug auf das Verhältnis zwischen der Qualität der Vorlage und der Qualität der Diskussion lässt sich laut Kolleck ganz allgemein sagen, je hochwertiger die Vorlage, desto hochwertiger die Diskussion. Gestützt wird dies vor allem durch den Befund, dass die E-Petitionen des Bundestages innerhalb der Stichprobe als am qualitativ hochwertigsten einzustufen sind. Dieses Verfahren sei im Vergleich zu den Bürgerhaushalten hochgradig institutionalisiert, was zur Folge habe, dass rund 80 % der Einreichungen ausgesondert, also nicht veröffentlicht würden (vgl. S. 248). Zur Dis-

kussion gestellt werden also von vornherein nur solche – guten – Vorlagen, die den Qualitätsanforderungen und der politischen Zuständigkeit des Petitionsausschusses entsprechen. Bemerkenswert ist, dass besonders polarisierte Themen (etwa Rauchen oder Tierschutz) zwar den formalen Qualitätsindex der Diskussion zu senken, also vermehrt zu einem respektloseren Umgang unter den Teilnehmenden zu führen scheinen. In Bezug auf die inhaltliche Diskussionsqualität hält *Kolleck* aber fest, diese werde weniger von der Art des Themas beeinflusst, sondern hinge vielmehr von der Qualität der zugrundeliegenden Vorlage ab, wobei hier das Thema wiederum ein signifikanter Prädiktor sei. Vorlagen zu sogenannten „heiklen Themen“ seien signifikant schlechter als zu „nicht-heiklen Themen“, was sich mittelbar dann auf die inhaltliche Qualität der Diskussion auswirke. Zwischen dem formalen und inhaltlichen Index als abhängige Variablen stellt sie fest, dass sie sich gegenseitig bedingen: „*Wo der Umgangston respektvoller ausfällt, steigt auch die Zahl und Überzeugungskraft der genannten Informationen und Argumente*“ (S. 244).

In Bezug auf die Teilnehmenden wurde nach der Art und Intensität der Teilnahme, ihrer Motivation, der Zufriedenheit mit dem Verfahren und soziodemographischen Merkmalen gefragt. Wie in den meisten wissenschaftlich evaluierten Online-Partizipationsverfahren ist auch in den von *Kolleck* untersuchten Fallbeispielen der „typische Teilnehmer“ überdurchschnittlich häufig männlich, gut gebildet, im mittleren Alter und politisch stark interessiert bzw. bereits politisch aktiv. Auch, dass die meisten Befragten zu ihrer Motivation angeben, „ein wichtiges Anliegen“ zu haben und „wirklich etwas verändern“ zu wollen, überrascht nicht. Heraus sticht aber, dass über 40 % der dazu in den drei Verfahren insgesamt Befragten (n=180) motivierter seien, sich zu beteiligen, wenn in der Diskussion persönliche Erfahrungen geschildert würden, während dies auf der Diskussionsebene lediglich ein „für die inhaltliche und formale Qualität unerhebliches Stilmerkmal“ (S. 119) darstelle.

Auf der Ebene der Betreuenden und Initiierenden der jeweiligen Verfahren wird durch die qualitativen Interviews ein intimer Einblick „hinter die Kulissen“ möglich. Interviewpartner sind einerseits Mitarbeitende der Kommunal- bzw. Bundesverwaltung(en) und andererseits Angestellte externer Dienstleister, die bei den kommunalen Bürgerhaushalten – in unterschiedlichem Umfang – für die technische Umsetzung und vor allem die Moderation des Verfahrens zuständig waren. Die Moderation der E-Petitionen

übernimmt die Bundestagsverwaltung selbst. Leider wird die konkrete Rolle der Moderation nur randständig untersucht. Keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten die für die Letztentscheidung verantwortlichen Politiker, denen von den Vertretern der Kommunalverwaltungen in Frankfurt und Köln eine passive und desinteressierte Rolle vorgeworfen wird. Auch an dieser Stelle besteht sicher weiterer Forschungsbedarf. Inhaltlich fällt die übereinstimmende Einschätzung der Kommunalverwaltungen auf, nach der sich das Thema „kommunale Haushaltspolitik“ als ungeeignet für Beteiligungsverfahren erwiesen habe, da es auf Seiten der Bürger an Interesse und Kenntnis mangle (vgl. S. 253). *Kolleck* fokussiert ihre Auswertung auf das Verhältnis zwischen der Schnittstelle des Beteiligungsprozesses zu den Bürgern auf der einen und zur Politik auf der anderen Seite. Dabei lasse sich ein grundsätzlicher „Zielkonflikt zwischen *größtmöglicher partizipativer Offenheit* eines Verfahrens einerseits und *hoher Selektivität im Sinne der politischen Anschlussfähigkeit* andererseits“ ausmachen, die Ausdruck des „klassischen demokratischen Wertekonflikts zwischen Legitimität und Effektivität“ sei (S. 177).

Im fünften Kapitel schließlich ordnet die Autorin ihre Erkenntnisse durch die Rückkopplung der Empirie an die wissenschaftliche Theorie und die Herleitung praktischer Handlungsempfehlungen in den größeren Kontext ein, bevor sie ihre Arbeit mit einem Fazit in Kapitel 6 beendet. Anzurechnen ist *Kolleck*, dass ihr nicht nur die Darstellung der jeweiligen Ergebnisse gelingt, sondern sie auch immer wieder – und schließlich zusammenfassend am Beginn des fünften Kapitels – auf das Zusammenwirken der einzelnen methodischen Zugänge eingeht. Insgesamt vermittelt das methodisch solide Vorgehen einen differenzierten Blick auf den Bereich konsultativer Onlinebeteiligung, wodurch *Kolleck* weiter zu der Strukturierung eines bislang noch sehr fragmentarischen Forschungsfeldes beiträgt.

Theresa Witt

Meier, Horst/Leggewie, Claus/Lichdi, Johannes: Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD – Analyse, Prozessreportage, Urteilskritik, Recht und Politik Beiheft 1, Duncker & Humblot, Berlin 2017, 107 S., ISBN 978-3-4281-5303-9, € 34,90.

Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD hat viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen, die die Diskussion um die Sinnhaftigkeit eines Parteiverbots befeuert, und es hat zu einer ganzen Reihe von Bespre-